

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Verbreitung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

**Rедакция и Экспедиция: Berlin W.57**  
**Winterfeldstr. 24 (Редактор: Emil Dittmer)**  
**Генеральный консул в Берлине № 2746**

**Staats- und Gemeindepotbetriebe**  
 **sollen Musterbetriebe sein!**

**Erscheint wöchentlich Freitags-Bezugspreis**  
**vierzehntäglich durch die Post (ohne Bestellzettel) 2 Ma-**  
**gazinierungsstelle Nr. 3164**

**Inhalt:** Sorgt für Nahrungsmittel. — Erhöhung der Teuerungs-  
 zulagen für die Münchener städtischen Arbeiter. — Monatsbericht  
 vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gas-  
 arbeiter. — Salinenarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rund-  
 schau. — Totenliste des Verbandes.

regierung mit einem Kriege nicht rechnete, geschweige denn auf einen Krieg hinarbeitete.

Wie die Dinge liegen, handelte es sich für Deutschland nach der Absperrung der Seeefahrt in erster Linie um ein Verteilungsproblem. Das ist, wahrscheinlich weil man nur mit einer kurzen Kriegsdauer rechnete, im Anfang von den verantwortlichen Stellen nicht sehr ernst erachtet worden. Schon im August 1914 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die vorhandenen Nahrungsmittel im Lande genau festzustellen, ihre richtige Verteilung zu gewährleisten. Aber Monat um Monat verging, ehe die Reichsregierung, wenigstens beim Brotaufkommen, die notwendigen Maßregeln ergriff. Ist die Brotskarte ein unlangbarer Erfolg gewesen, so kann man das gleiche von den Versuchen einer richtigen Verteilung der anderen Nahrungsmittel, namentlich der Kartoffeln und des Fleisches, weder im ersten noch im zweiten, am allerwenigsten im dritten Kriegsjahr sagen. Wenn es freilich mit Verordnungen allein getan gewesen wäre, dann würden wir keine Schwierigkeiten mehr haben; niemals ist die Bürokratie mit Verordnungen und Verfügungen so frei-gebig gewesen wie in dieser Kriegszeit, nur haben die bürokratischen Mühlens leider kein Mehl gegeben. Noch immer ist es möglich, daß Leute mit wohlgefülltem Geldbeutel sich so ziemlich alle Genüsse materiellen Wohllebens verschaffen können, während wenige Schritte von ihnen entfernt Minder-bemittelte oder Arme nur mit äußerster Mühe ihren Haushalt in seidlicher Ordnung erhalten können.

Die äußerste Schlussfolgerung aus der Lage Deutschlands, die man mit der einer belagerten Zeitung vergleichen hat, wäre unzweifelhaft die Einführung der gemeinnützigen Speisung, möge man dabei nun an die „Lacedämonische „Schwarze Suppe“ oder an die moderne „Gulaidkanone“ anknüpfen. Es läßt sich verstehen, daß man vor diesen Auseinandersetzungen noch immer zurückgedrängt ist, denn es würde einen unerhört starken Eingriff in die gesamte Volkswirtschaft bedeuten, zahllose Ersittenzen geradezu der Vernichtung preiszugeben und ein Maß von organisatorischer Tätigkeit voraussetzen, dem weder staatliche noch kommunale Behörden ohne weiteres gewachsen sind. Aber zwischen der allgemeinen Einführung der Gulaidkanone und dem beständigen Zustand liegen unendliche Abstufungen, von denen mindestens eine nach allen Regeln der Logik die zweckmäßigste Lösung der schwierigen Frage einer gerechten und ansprechende Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel bedeuten muß. Der Vorwurf, der den verantwortlichen Stellen mit Redt gemacht werden kann, ist, daß sie nicht mit genügender Energie die relativ beste Lösung gefunden und dann auch durchgeführt haben.

Die Folae davon sind starke und weitverbreitete Kläffen in der Bevölkerung. In Zeitungen, in Parlamentsdebatten, in Versammlungen, überall wird mit berechtigter Schärfe

## Sorgt für Nahrungsmittel!

**G**rim Bild auf die militärische Lage Deutschlands gibt uns die beruhigende Binsfeld, daß es mit den Vertrümmerungsplänen unserer Gegner keine guten Wege geben wird. Die furchtbaren Anstrengungen der Russen im Osten, deren Bedeutung im deutischen Volk wohl nicht recht gewürdigt worden ist, weil alle unsere Blicke in der letzten Zeit nach dem Westen gerichtet waren, sind an der zähen Tapferkeit der Hindenburgschen Truppen zusammengebrochen; im Westen geht der Angriff auf die in und um Verdun zusammenhängenden französischen Heeresmassen seinen langsam, methodischen Gang; und auf den von den Engländern besetzten Kanalteilen steht unser Heer, wohl versorgt mit Reserven und Munition, in gespannter Ausserksamkeit zur Abwehr bereit.

Auch unsere Bundesgenossen halten ihre Fronten fast an der Stelle. Die Hoffnung unserer Feinde, namentlich dieses englischen Hauptfeindes, in zurzeit nicht sowohl der militärischen als der wirtschaftliche Sieg. Mit zynischer Offenheit hat vor kurzem ein Engländer in der „Nation“ ausprochen, daß jetzt schon Mangel in Deutschland herrsche, es bei verschärfter Absperrung, namentlich der neutralen Länder, noch sechs Monaten Not und noch abermals sechs Monaten Verzweiflung herrschen werde. In dem bösen Willen der Engländer und ihrer Verbündeten, unser Volk und Hunger zur Kapitulation zu bringen, ist kein Zweifel. Und wenn wir auch überzeugt sind, daß das brutale Mittel der Aushungierung eines ganzen Volkes nicht zum Erfolg führen wird, so dürfen wir doch nicht leicht hin über den Tod unserer Lage hinweggleiten. Selbst ein mit allen Mitteln durchgeführter Unterseebootskrieg kann uns zunächst die Freiheit der Meereszufuhr nicht idrossen; wir sind und eben daher auf das angewiesen, was wir im eigenen Lande erzeugen und was etwa noch über die Landesgrenzen hinaus gebracht werden kann.

Da ist nun zu sagen, daß wir in Deutschland über viele Vorräte und Verstaufungsmöglichkeiten verfügen; also bei Beginn des Krieges abnte. Unsere Lage wäre noch ungünstiger gewesen, wenn wir nicht in der ersten Hälfte des ersten Kriegsjahrs einen starken Getreide-Esport gehabt hätten. Nebenbei gesagt ist der Umstand, daß sogar noch im Jahr 1914 sehr große Getreidesummen an das Ausland abgehoben wurden, ein Beweis dafür, daß die deutsche Reichs-

über Schäden und Mängel, die vermieden werden könnten, geplagt. Diese Städte haben dann wieder die Folge, daß die obneben in wohlabenderen Kreisen vorhandene Sucht, sich mit allerhand Vorräten „einudelet“, d. h. also massenhaft Nahrungsmitte zu kaufen, gesteigert wird. Die Preise steigen, wo Höchstpreise festgesetzt worden sind, verschwinden die Waren mit erstaunlicher Schnelligkeit vom Markt, dem Wucher und dem Betrug sind Türr und Tor geöffnet. Räumlich hat sich aber die sehr üble Tatwade ergeben, daß ein starker Gegenzug zwischen den Verhältnissen auf dem platten Lande und denen in den Städten, namentlich den Großstädten und den großen industriellen Siedlungen, gebildet hat. Wie brauchen bloß auf die erhebliche Zunahme der Haushaltungen bei gleichzeitigem Fleischmangel hinzuweisen, wenn man auch nicht alles kritiklos glauben muß, was als Gerücht umgeht, es bleibt doch jedenfalls die Tatwade bestehen, daß auf dem Lande starke Fleischvorräte und Vorräte an anderen Lebensmitteln in Reserve gehalten werden, während hingegen in den Städten manche Dinge gar nicht, andere nur in ungenügender Menge und zu übertrieben hohen Preisen käuflich sind. Wenn nichts Durchgreifendes geschieht, werden die Verhältnisse nicht besser, sondern in naher Zukunft noch schlechter werden. Zedenfalls haben wir mit einer noch weit einwänderhaften Fleischknappheit zu rechnen, sobald die Natur erst wieder den Weidegang des Viehs gestattet. Denn der Mangel an genügenden Butterfetten hat immerhin zu einer starken Einschränkung der Viehhaltung geführt, die sich in einem relativ hohen Auftrieb, momentan von Rindvieh, auf den städtischen Vieh- und Fleischmärkten bemerkbar macht. Sobald erst wieder Günter vorherrschen ist, werden die Landwirte schon im Hinblick auf die hohen Marktpreise, auf die Notwendigkeit der Tüngproduktion und aus anderen Gründen mit dem dann wieder leidlichen durchzubringenden Vieh zurückfallen.

Das führt uns auf das Grundproblem unserer Nahrungsmitteverfügung. Stellte es sich im Anfang, wie geagiert, in erster Linie als Verteilungsproblem dar, so ist damit die Sache noch keineswegs erledigt, vielmehr tritt das Erzeugungsproblem immer mehr in den Vordergrund. Brotkarte, Fleischkarte, Fettkarte, kurzum: Verteilung des Bedarfs ist eine Selbstverständlichkeit. Aber vorteilt kann nur werden, was vorhanden ist. Es kommt also darauf an, oder es wäre darauf angekommen, eine Regelung der Erzeugung von Anfang an zu verhindern. Daß an eine kommunistische Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Man muß an das Vorhandene anknüpfen. Und da wäre es unzweckmäßig geblieben, sofort, als das Nahrungsmitteleproblem als die eigentliche Kernfrage unserer Widerstandsfähigkeit in diesem Kriege anerkannt wurde, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Um die Erzeugung aufrechtzuhalten und die gleimögliche Versorgung der ganzen Bevölkerung mit den landwirtschaftlichen Produkten sicherzustellen, müßte das ganze

Stadtland in kleine Verwaltungsbereiche, von denen jeder einzelne vielleicht nur drei oder vier Produktionsstätten (Bauernhöfe, Güter, Gärtnereien usw.) umfaßt, aufgeteilt werden. An die Spitze eines jeden dieser kleinen Bezirke wäre eine verantwortliche Vertrauensperson, ein Mann oder eine Frau, durch die öffentlichen Behörden zu berufen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Bauer oder eine Bauersfrau genau wissen, was durchschnittlich in Friedenszeiten an Getreide, Kartoffeln, Bier, Butter, Eiern, Gemüse und sonstigen Produkten von den einzelnen Höfen auf den Markt gebracht werden ist. Wegen des Mangels an Arbeitskräften, wegen der schlechten Tüngung und aus anderen Gründen ist in dieser Kriegszeit mit einer Verminderung der Erzeugung zu rechnen; sagen wir, daß durchschnittlich 10-20 Prozent weniger als im Frieden erzeugt würden. Pflicht des Vertrauensmanns der kleinen wäre, dann dafür verantwortlich einzutreten, daß wenigstens der Rest wie in Friedenszeiten auf den Markt gebracht wird. Jede Verminderung der Erzeugung, abgesehen der striegsminderung, müßte mit strenger Strafe geahndet werden.

Zwingt man so die landwirtschaftlichen Unproduzenten, alles, was in ihren Kräften steht, heranzutreiben und für den Abatz bereitzuhalten, so muß man ihnen auf der anderen Seite natürlich auch die Abwiderheit geben. Es müssen also öffentliche Stellen eingerichtet werden, an die die Landwirte jederzeit ihre Produkte zu festgelegten Höchstpreisen loswerden können. Die Höchstpreise sollen so berechnet sein, daß sie den Landwirten einen guten Gewinn lassen.

Auf diese Weise wäre die Menge der vorhandenen und der zu erwartenden Nahrungsmitte in kürzester Zeit festzustellen, und auf dieser Grundlage könnte die Verteilung nach dem Bedarf ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden.

Eine solche Zerlegung des gesamten Reichsgebietes in ganz kleine Verwaltungsbereiche, vielleicht sogar Sezessionsverwaltungsbereiche, ermöglichst auch die Anpassung an die sehr verchiedenen lokalen Verhältnisse, so war, daß Produzenten und Stammkunden in letzter Linie alle zu ihrem Recht kommen.

Hätte man — doch es ist noch nicht zu spät, obwohl sagen wir: wird man auf diese Weise verzerrt, dann werden wir auch die Schwierigkeiten, die England uns durch die rücksichtlose Abverzung vom Weltmarkt bereitet hat, überwinden und, wie militärisch so auch wirtschaftlich den Krieg gewinnen, der uns die Sicherheit der nationalen Existenz und die Möglichkeit einer freien Entwicklung unseres Volkstums bringen müßt.

Dr. A. Südfeld.

Wir müssen nach den bisherigen Erfahrungen davon zweifeln, daß die Regierung eine durchgreifende Maßnahme trifft, wie sie in Vorliegendem empfohlen wird. Deshalb ist es Pflicht der Arbeitervorsteher im Stadt-, Landes- und Reichsparlament energisch darauf zu drängen, daß die neue Ernte nicht wieder zu neuem Wucher für Produzenten und Händel weiterer Anlaß gibt.

## Erhöhung der Teuerungszulagen für die Münchener städtischen Arbeiter sowie die Gewährung von Beihilfen an die Pensionäre.

Anfang Januar verlangte die Alliierte Märkte in einer Eingabe an die städtischen Kollegen die „Erhöhung und Ausweitung der Teuerungszulagen nach folgenden Anträgen“:

„1. Die den ehemaligen Gewerkschaftsarbeitern und Beamten freie gewohnte Teuerungszulage von monatlich 10 M. soll auf monatlich 15 M. erhöht und bis zu einem Bruttosozienten von 16.000 M. begütigt werden. 2. Ein gleicher Zulage soll nach den Leisten aller ehemaligen Arbeitern und Beamten mit Unterdrückung und auch den Witwen und Bitten mit einem Haushalt genutzt werden. 3. Erhöhung der Sonderzulage von 1,50 auf 2,50 M. pro Kind und Rentner. 4. Erhöhung und Erhöhung einer Teuerungszulage

von monatlich 10 M. an alle ledigen und alleinstehenden Arbeitern und Arbeitnehmer ohne Unterdrückung bis zu einem Bruttosozienten von 25.000 M. außerdem Zulage des Bruttofusses je 10 M. an die ehemaligen Arbeitern und Beamten und an die ehemaligen nachrichtenden Arbeitern und Beamten mit Unterdrückung. 5. Anpassung der Teuerungszulagen an die jeweilige Erneuerung im Monat. 6. Keine hohe Bezahlung bis mit Wirkung vom 1. Januar 1916 in Kraft treten.“

Angesichts der enormen Zunahme war eine besondere Erhöhung der gestellten Ansprüche erforderlich. Nur bedurfte die Einkommensgrenze war zu bewerten, die durch die Gewerkschaften

des Einkommens die Einziehung sämtlicher Arbeiter und Arbeitnehmer in die Teuerungszulagen ermöglicht wird, was wir für dringend nötig hielten, angehoben der früheren Bestimmungen, denen zufolge die Einkommensgrenze nur auf 1200-1110 Ml. bei den ledigen und 2130 Ml. bei den verheirateten Arbeitern festgesetzt war, traf dies nicht zu. Die verheirateten Arbeiter und Arbeitnehmer zählten zu den ledigen, was ebenfalls nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. An der Regel haben Witwen und Witwer einen eigenen Haushalt, d. h. eine größere Wohnung, als dies bei Ledigen der Fall ist, und demzufolge auch höhere Aufwendungen. Meist muss denn von den erwachsenen Kindern eines den Haushalt führen und wird so vom selbständigen Erwerb abgehalten. Verheiratete städtische Arbeitnehmer hatten ursprünglich überhaupt keinen Anspruch auf Teuerungszulagen, es sei denn, daß sie als Hauptnährkinder der Familie in Frage kamen. Dieser Nachweis musste durch eine Beleistung des Bezirksoffiziers erbracht werden, was nicht immer gelang. Soviel uns bekannt wurde, hatten die Bezirksoffiziere überall da, wo der Ehemann Verdienst hatte — ohne Rücksicht auf die Höhe und die Art des Einkommens — es voreinigt, die Frau als Hauptnährkinder zu betrachten. In Krankheitsfällen, doch es lieber, wird die Teuerungszulage solange gezahlt, als Gehalt und Lohn weiterbezogen wird. Hier hat sich herausgestellt, daß die Arbeiter gegenüber den Beamten ungünstiger daran waren. Bei den Arbeitern reicht sich die Volksförderung in Krankheitsfällen nach der jeweiligen Dienstzeit, was bei den Beamten nicht der Fall ist, da diese ohne weiteres das Gehalt auf die Dauer eines halben Jahres fortzuzahlen erhalten. Zum Abschluß war notwendig, die Auszahlung der Teuerungszulagen am Schluss des Monats zu erlangen, um die Arbeitnehmer dadurch in die Möglichkeit zu versetzen, die Wohnungsaufwände rechtzeitig begleichen zu können.

Die gehobenen Anteile waren also sehr wohl einzuhalten und füllten zunächst der geplanten Grenzen das mindeste von dem aus, was anschließend der Teuerung dringend nötig war. In richtiger Würdigung der Tatsache haben denn auch die städtischen Gewerken zum überwiegenden Teil den gewünschten Wünschen entsprochen. Nach den geführten Verhandlungen sieht die Vereinbarung der Teuerungszulagen — die in der Hauptzusage ein Kompromiß der Parteien darstellt — wie folgt aus:

1. Ledige männliche Personen bis zu einem Jahreseinkommen von 1800 Ml. einheitlich erhalten eine Teuerungszulage von 9 Ml. im Monat;

2. Ledige weibliche Personen bis zu einem Jahreseinkommen von 1110 Ml. einheitlich bekommen ebenfalls eine Teuerungszulage von 9 Ml. im Monat;

3. verheiratete Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 2130 Ml. einheitlich erhalten eine Teuerungszulage von 15 Ml. im Monat;

4. für jedes Kind unter 16 Jahren — ohne Verhöhnung der Kinderzahl — wird eine Zulage von 3 Ml. im Monat gezahlt;

5. Beamte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 3000 Ml. und weniger als 3500 Ml. erhalten, falls sie mehr als 2 Kinder haben, für das dritte und jedes weitere Kind eine Zulage von 4 Ml. im Monat unter Wegfall der Erwachsenenzulage;

6. die Erhöhung der Teuerungszulagen tritt ab 1. Januar 1916 in Kraft.

Weiter erfahren Sie Maßnahmenabschirmungen hinsichtlich der freiliegenden Wünsche folgende Einweiterung:

1. Die Vollzugsabteilung, ob im einzelnen Falle die Voraussetzung der Güter so gegeben ist, d. h. ob eine verheiratete weibliche Person als Hauptnährkinder in der Familie in Verdrängung kommt, hat durch die zuständige Abteilung zu erfolgen. (Also nicht mehr durch die Bezirksoffiziere.)

2. Die Auszahlung der Teuerungszulagen hat noch vor Ablauf des betreffenden Monats, eventuell am letzten Zahltag zu erfolgen.

3. Im Falle der Erfahrung wird die Teuerungszulage so lange bezahlt, als das Arbeits- bzw. Wohnverhältnis überhaupt dauert, jedoch unter der Voraussetzung, daß Lohn, Werklohn und Teuerungszulage zusammen ein fest bezogenen Personen einheitlich Teuerungszulage nicht überschreiten. Alle übrigen Bedingungen blieben unverändert.

Die ganze Erfahrung und Meinung lung der Teuerungszulagen steht sich fast ausschließlich mit den von uns gestellten Anträgen, der Beschriftung der Lohn- und Werklohn und Arbeitnehmer, sowie den Arbeiter und Witwen, die man nicht ganz anstreben möchte.

nung getragen. Zugleich der verheirateten städtischen Arbeitern bleibt jetzt die Prüfung der Verhältnisse dem Abteilung vorbehalten. Wir haben an dieser Stelle das Recht zu vertrauen, daß sie die anfallenden Gesuche in wohlwollender Weise prüfen und berücksichtigen wird; am liebsten allerdings wäre es uns gewesen, man hätte, wie beantragt, den verheirateten städtischen Arbeitern die Teuerungszulage gegeben, wie sie für die ledigen festgesetzt wurde. Ist aber auch nicht alles so gegangen wie wir wünschten, so stellt dennoch die neue Regelung eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Lage dar. Den städtischen Arbeitern und Arbeitern bleibt es jedoch unbekannt, unter fernerer Beobachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Mängel, die sich in der Handhabung der Teuerungszulagen herausstellen, durch entsprechende Anträge zu befechten; verangesetzt natürlich, daß die dringend nötige Geschlossenheit vorhanden ist.

Die finanzielle Seite der Teuerungszulagen stellt sich nun wie folgt: Die bisher gewährten Teuerungszulagen erforderten einen Jahresaufwand von 613 000 Ml.; die Erhöhung und Neuregelung kostet für die Beamten 318 816 Ml. und für die Arbeiter 323 952 Ml., zusammen also 672 768 Ml. mehr im Jahr. Dazu kommt noch ein Betrag von 107 000 Ml. für die Nachzahlung der bewilligten Erhöhung ab 1. Januar 1916, so daß die Neuregelung einen Jahresaufwand von 779 768 Ml. erfordert. Rednet man die außerdem notwendigen 613 000 Ml. dazu, welche für die alten Fälle notwendig sind, so ergibt sich eine jährliche Ausgabe für Teuerungszulagen von 1 402 768 Ml., den die Stadt auf Grund der Anträge des Verbandes zur Verbesserung der städtischen Arbeiter und Beamten bereitzustellen hat; dies ist gleichbedeutend mit einer Umlageerhöhung von mehr als einer halb Prozent. Diese Aufwendungen werden von der städtischen Arbeiterschaft sicher gewürdig und anerkannt.

Außer den Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter und Beamten erfolgte auch eine Verbesserung der Pensionäre und der Witwen. Die Zuwendung soll jedoch nicht den Charakter einer Teuerungszulage tragen, sondern ist als reine Unterstützung zur Pension gedacht, welche unter folgenden Bedingungen gewährt wird:

1. Den in den Ruhestand versetzten Beamten und Arbeitern bzw. deren Hinterbevörern werden, sofern sie in Würden wohren und die Bedürftigkeit nadgewiesen wird, in Verbindung besonderer durch die Kriegssteuerung hervergerufene Notlage, jedoch unter ausdrücklicher Ablehnung jeglicher Forderungen für die Zukunft, jederzeit widerrufliche Zusätze in nachstehender Höhe gewährt:

1. den ledigen städtischen Arbeitern, Arbeitern, Beamten und Lehrern bei einer Rente bis einschließlich monatlich 100 Ml. bzw. Pension bis einschließlich 125 Ml. monatlich 6 Ml.;

2. den verheirateten pensionierten städtischen Arbeitern, Arbeitern, Beamten und Lehrern bis einschließlich 125 Ml. Rente bzw. 150 Ml. Pension monatlich 8 Ml. und für jedes Kind unter 16 Jahren monatlich 1 Ml.;

3. allen Witwen städtischer Arbeitern, Beamten und Lehrern bei einer Witwenrente bis einschließlich monatlich 60 Ml. bzw. Witwenpension bis einschließlich 80 Ml. monatlich 5 Ml. und für jedes Kind unter 16 Jahren monatlich 1 Ml."

Die Durchführung dieser Anträge erfordert unter Berücksichtigung der mit in Würden wohnenden Beamten 298 92 Ml., für die Rentner, die Renten aus dem Belegschaftsfonds beziehen, 132 18 Ml., mit in einer Jahresbetrag von 73 110 Ml. Bei der Handhabung dieser Vermögenswerte von unterscheiden müssen zwischen den Rentnern in Würden bestätigten Arbeitern, welche erst als Rentner in Würden bestehen kann, und denjenigen Arbeitern, die von jenseits anderer Würden im Dienste der Stadt gekennzeichneten. Es bedarf hier da um die Arbeitnehmer, welche bei der Zeiterfahrung in Tat im bestätigt waren, und um jene, die im städtischen Elternhaus oder in Würden arbeiten. Letztere Gruppen wird man angedeutet ihre auswärtigen Wohnungsverhältnisse nicht unter die oben belagte Vermögensrechnung zu stellen. Hinsichtlich der Renditefähigkeit wird besonders bei den pensionierten Arbeitern und Witwen nicht zu sprechen sein, da deren Bezüge zum weitans gesehenen Teil wesentlich hinter den Kosten zurückbleiben.

Alles zusammenzutragen, kann der bestimmt erzielte Erfolg befrieden. Sicherlich geben die Rentnerväter und die Rentnermutter daraus die dringende Aufwendung und halten zum Verband.

D. Weiß

## **Monatsbericht vom Krieg**

Berlin, den 1. Mai 1916.

Wenn wir zunächst wieder den militärischen Vorgängen im April unsere Aufmerksamkeit schenken, so liegt auch jetzt noch der Schwerpunkt aller strategischen Maßnahmen vor Verdun. Hier wurden in der ersten Hälfte des Monats neue gewaltige deutsche Angriffe, besonders am linken (West-)Ufer der Maas verübt, mit ziemlichem Erfolg. So hatte sich bis 23. April die Feindangriffszahl auf über 10000 erhöht. Die sonstigen französischen Verluste bei Verdun sind mindestens doppelt so groß, und auch vom deutscher Seite sind die „extraordinären“ Verluste sicher enorm. Das mag wohl maßgebend gewesen sein, die weiteren Zinsverhandlungen im letzten Drittel des April fanden ganz einzustellen, doch kam den Planchatanz jeden Augenblick wieder in Tremmeltere ausarten. Da die Franzosen bereits über 600000 Mann dort einsetzen, in den der vierzehntündigen französischen Arbeitszeitperiode nicht mehr die Hände. Am zweiten Aprilvormittag der Planchatanz ist ohne jeden Erfolg geblieben. Man redet hier auf täglich 140000 Verluste. Noch in den letzten Tagen des Monats (25. April) gelang es deutschen Angreifern, jährlin des Marocq eines russische Stellungen zu nehmen und 2000 Gefangene, 1 Wachhäus, 28 Maschinengewehre zu erobern. — Die italienische Armee des Cesarreider ist unbestritten, ja, es gewann zweitens den Antheim, als sie mal unter Goetho in die lombardische Tiefebene vorstießen, denn es sind verdienstevolle italienische Vorstellungen einmal mit 600000 italienen neu erworben. — Die Türken verloren am 18. April den wichtigen Hofen Trapezunt (50000 Einwohner) am Schwarzen Meer. Außerdem in der russische Böhmisch in den Gebirgen bald zum Stützpunkt ahdem. Günstig für die Türken fielen die Stämme im Dros (am Tigris) aus. Es gelang mir, das eingekesselte englische Heer in stat Almaria zu entsetzen, gewaltsam wurden die englischen Entsatztruppen unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am 29. April mußten nach 14tägiger Belagerung die englischen indischen Drappen übergeben. Es waren noch 13300 Mann. Der Besiegelsatz dieser turkischen Armee, d.h. v. d. Golb, stand im 73. Lebensjahr nach gebürtigem Krankenlager am Aschopps, wenige Tage vor diesem tuttischen Ereignis an der Höhe des Sankt-Johannes haben die Türken erfolgreiche Belästigungen unternommen. Doch scheint die eingeschlossene Stadt in Rompon proßer als angenommen wurde. — auf den Balkan hervorzuheben ist die Stadt Konstantinopel wird noch immer aus- und eingebaut man kann jetzt die Entzerrungen auf 200-300000 Mann. Die englisch-deutschen Truppen stehen an der Grenze von Griechenland bis Monastir auf der Wacht. Die Italiener haben südöstlichen Seiten um, und in Valona eingesperrt. Auch hier kommt jede Verstärkung zu ruhen. Die Verbündeten der Entente, die dreiundzwanzig Batzen von Patras bis Saloniaka Transport tragen. Sodann zu bewegen, schleierten vis jew auf einen Rückzug und Griechenland, das seine bisherige Stellung festzuhalten entschlossen ist. In der ersten Aprilwoche haben taglich die Engländer die Stadt England eingerichtet, und im nächsten Jahrzehnt das weiter bis Ende des Monats, so daß der Balkan und die Epirotischer Landstrich sind schon alle überquert, das nun endlich „Krieg“ dieses Krieges gehört. In den letzten Minuten haben sogar deutsche Verbündete die englische Standesherrschaft und damit den verdeckten Strategieplan, auch den „Krieg“ gegen, einen Bekanntmachung feierlich die Mietung der drei italienische verbündete besteht, auf die deutsche Seite in sehr starkem Maße finanziell verhindert, auf wiederholte Gefürauen. Die U-Boote treten mehr und mehr und hat wieder jahrtäglich unter dem endlosen Kriegsende Haftdeckschiffen aufgerichtet. Einiger Zeit später des zweit allem St. Johnon. So steht der Hauptort der Verbündeten und die Hauptvertretung ins Ins-landesfeste. Am Morgen nach einer verdeckten feste, soz. bei Besiedelungen der Weltunterseite alle treuherzigen Volke diesen fortzuführen. Erst dann ist ihnen keinem. Das englische Agadir-Marsch von 110000 Mann ging Ende April im Matanee auf eine Woche nach Süden.

Die Kalle und Erwartung der politischen Ereignisse im April ist unvermeidlich. Vor allem ist durch die neue amerikanische Note, die aufgrund der diplomatischen Verhandlungen — und damit der Vergangenheit! — in erfreuliche Bedrohung habe gerichtet. Die deutsche Antwort steht im Moment noch aus. Wir hoffen noch, daß wir eine Zeitlang ruhig seien. Was nun endlich ist ja nicht, da die neue Note eigentlich ein Aufrufen der gegenkommenden Methode des U-Bootskrieges gegen Flotte und Handelsfahrt fordert, sowie den „Zonen“ soll anders beurteilt werden die deutsche Regierung. Darauf müssen wir warten, daß die Amerikaner nichts Entsprechendes tun, dann — trotz Reaktion und anderer Hemmungen — würde der Krieg mit Amerika absehbar und damit der Krieg mit England und Frankreich ausbreiten. — Am Deutschen Kriegstagebuch v. Bethmann Hollweg am 5. April seine „Arbeitszettel“, in welcher er für ein „bereites“ Polen, Litauen und Brandenburg einstellt, sowie die Gefahren „reale Garantien“ der

dentischen Sicherung festlegen würd. Am zwei treiflichen Reden geben Svert und Scheidemann (6. und 7. April) die Meinung des arbeitenden Volkes wieder, während Haase für die „Arbeitsgemeinschaft“ sprach. Das Auslandsschiff dieser Reden ließ einen Augenblick Friedensstimmung erholen, sie scheint aber gegenwärtig unter dem Druck der anarchistischen Rolle völlig verweht. Man wird nach 21 furchtbaren Kriegsmonaten so befreit, daß man den einst viel gerühmten „neufundenen Menschenverstand“ gar nicht mehr zu Rate zieht! — Doch unsere Männer gleichfalls in furchtbarem Zustand sind, beweisen zahlreiche Ereignisse des April. Da ist die ewige Wehrpflichtigkeit, die der leitende englische Minister Asquith bislang alles aufbot und die nun doch kommen darfte, nachdem eine heftige Diskussion das entlastete Ministerium durchschüttelt. In Irlands Hauptstadt Dublin tobte gar die irisch-nationalen Revolution gegen den 700jährigen Bruder England, das „wer ladt do?“ die Welt bereitet will vom „preußischen Militarismus“. Ach, wenn's doch wäre! möglichen wir nach einem bestimmten Vers rufen, indem anders als Herr Asquith meint. Wir selbst werden in bitter Kriegerarbeit den Kampf um innere Reformen führen müssen, genau wie englische und französische Arbeiter in ihren Landen. — Deutschland fühlte sich in der Mitte April durch englische Überbringungspläne und mobilisierte alstald in erhabelter Weise. Wie verlautete, wer ein englisches Vorstoß nach Deutschland und Angriffe über Holland geplant. Ob's wirklich so war, brin' wohl erin die Friedenssonne an den Tag. — Der italienische Kriegsminister Capelli dankte am 5. April ab. Es ist nur ein recht kurzer Berichtszeitraum von Minuten. Aber der Krieg droht weiter. Sonnino redete wieder einmal, ohne was Neues zu sagen. Die erwartete Kriegserklärung an Deutschland erfolgte nicht, ebenso wenig Italien an Italiener Truppen nach Frankreich. Daher sind wir gegen 15.000 Italiener in Marfella gelandet. Das ist kein Verlust ein blinder Knapp. — Da Capelli hat Absonderlich am 6. April auf die Kaiserwerde verzichtet, weil — ihm die Frauen zu hoch hingen. — Einiges Ereignisse: Der rumänisch-deutsche Handelsvertrag wurde am 7. April 1916 abgeschlossen. Damit sind 100.000 Wagon-Mars usw. geladen. Noch bedeutsamvoller ist die politische Troppe. Bei allem wird die Situation in Deutschland durch die Unverzerrtheit weiter Nische der Protagonisten und des Handels immer ungünstiger, um nicht zu sagen fatal. Wann erlebt uns diese ein „Strotze“, eine Art unererner Hindernisse, der die geistigen Verordnungen entumend verhindert, die verbrennt und innermenschliche Besiedlung anstrebt, Verteilung und Preisregelung auf eine neue vernünftige Basis stellt? Zoll der Weltmeisterlich im bisher unbekannten Land der Transszedanz ein, so schwades Meisteckt finden, doch hier alle Klagen erachtlos verfallen auf Wucherwillen der Händler und darüber? Die Vertreter der Deutschen Werkeleibheit im Parlament mögen ihren gegenwärtigen überzeugigen Werkeleib mitstellen und sich zu gemeinschaftlichen Daten auf diesem Gipfel zusammensinden! Denn es möglichen genug des orientalen Zwecks.

Aus den Stadtparlamenten

**Dresden.** Da einer Verhandlung der Arbeiterschaften nicht den Platz wurde freihalten, in diesem Jahre den vollen Sommerurlaub nach den Bestimmungen der alten Abt. Cdg. zu gewähren, in diese Verhandlung wurde auch die frage Abbildung der Belegschaft und Vergleich des Arbeitsdienstes bereits auf 5 Uhr morgens ohne Vorberatung besprochen. Die Vertreter des Platzes legten ihre Bedenken über die Bestimmung beim Gesetztrete zu.

Weiden. Den hauptsächlichen Arbeitern wird in diesem Jahre der volle Sonnenaufbau nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung gewährt. Die vom Arbeitsaufbau betragte Erhöhung der Leistungsfähigkeit wird dem Schaffensdrange entsprechen.

**Berlin.** Zentrale Industrie-Arbeiter und Beamten erhalten bisher täglich 20 Pf. und ihre Angehörigen täglich je 10 Pf. als Rentenversorgung, und zwar für sieben Tage in der Woche. Diese ist nun vom 1. April ab die Zulage für den Arbeiter auf täglich 25 Pf. und für seine Angehörigen auf je 15 Pf. erhöht worden. Die Privatbeamten erhalten den gleichen Zuschlag zu ihren jemals Unterhaltungen.

**Hof i. B.** Die am 31. Januar dieses Jahres beobachteten Teterinsatzlage hat schon aus der jüngsten der nötigsten Arbeit eine Veränderung erfahren und nicht jetzt wie folgt aus: Sonst alle Viehdurchzüge einer Jagdverordnung unter 7 Ml. haben zur Verdigie, Verwüstete ohne Muster, G. Gemeinde mit einem Hirschstand 7, an Eiderlohe Beherreute 9, mit einem Hirsch 10, an 2 Mündern 12, mit 3 bis 4 Mündern 14, mit 5 bis 6 Mündern 16 und an Beherreute mit mehr als 6 Münden 18 Ml. pro Monat. Wenn das Gefülltum mit Viehdien 2100 Ml. übersteigt, werden diese abweichen 7 Ml. auf 1000 Ml. und 10 Ml. auf 1000 Ml.

**Kreuzendorf.** Auf den Antrag unserer Räte istlich der Gemeinderat, den Gemeindearbeitern ab 1. April eine Entlohnung zufliegen von wöchentlich zwei Mark bis zu der in abziehbarer Zeit in Aussicht stehenden Einführung des neuen Lohnstafises zu ge-

◆ Notizen für Gasarbeiter ◆

**Augsburg.** Die offizielle Übergabe des neuen Gaswerkes an die beiden Stadtvielen stellten sich am 17. April d. J. durch den Vorstand des Beauftragungsrates der jüdischen Passauhalle, Herrn Bürgermeister Gantner. Er entwidete kurz die Bedeutung der Errichtung dieses prächtigen Werkes, welches in einer dreijährigen Bauzeit noch verschiedene Verzögerungen dem Betrieb übergehen werden sollen. Das Werk kann zuerst täglich 50.000 Kubikmeter Gas, jährlich 10 Millionen Kubikmeter liefern, während die alten Werke täglich mit Einbildung von Wassergas nur 35.000 Kubikmeter liefern können. Es einen zweiten Ausbau sind alle weiteren Vorbereitungen getroffen, so dass das Werk ohne künftige Änderung auf die doppelte Produktion geeignet werden kann. Die Kosten des Werkes belaufen sich auf 5.212.000 M. Ein Gutachten der Lehr- und Berufsschule Karlstraße stellt fest, dass die Leute - Pintisch-Polytechnikum - mehr leisten, als von der Firma Pintisch garantiert wurde. Von den jetzt aufgelassenen alten Werken wurde das Werk in der Johannes-Haagstraße 1848 und das neuere Werk an der Badstraße 1863 erbaut, später von der Stadt samt dem Stadttheater, den Gasmaschinen und der Straßenbeleuchtung und den beiden Anwesen im Apothekergäßchen und in der Plumerstraße um den Preis von rund 2 Millionen Mark erworben. Diese Anlagen erwiesen sich durch die jetzt anwachsenden Ansprüche der Stadt und der eingemündeten Vororte als unzureichend. Der Gasverbrauch war vom Jahre 1907 bis 1911 von 5,5 auf 6,5 Millionen Kubikmeter gestiegen und ist neuerdings bis zum Jahre 1915 auf 8 Millionen Kubikmeter angewachsen. Der geistige Gasverbrauch konnte nur mehr mit Hilfe des Wassergases aufgebaut werden. Das Pintisch-Polytechnikum soll nach weiteren von Augsburg eingesetzten Gutachten gegenüber dem Münchner Stammeschein dem Vorzug erhalten haben. Daher auch die Einbahnung dieses Gassenarms im Augsburger Gaswerk. Für unsere Arbeitstotleggen ist nicht uninteressant, zu erfahren, welche Arbeitskräfte in diesem neuen Werk gegenüber den alten aufgelösten Werken tätig sind. Dazu schreibt die „Saväische Volkszeitung“ unter anderem folgendes: „Dem Weise der Mechanisierung der Arbeiten folgend ist von modernen Transportanlagen, soweit dies wirtschaftlich gerechtfertigt erscheint, Gebrauch gemacht. Die feineren Zeit- und Arbeitskräftefordernde Entleerung der Kohlenwagons und Lagerung durch Rennidenkran vollzieht sich ständig innerhalb zwei Stunden und benötigt als Bedienung nur zwei bis drei Männer. Noch in die Augen trittender zeigt sich dieser Unterschied des neuen und alten Betriebes bei den Leuten, in denen die Stille entzückt wird. Entfernt stehende, 5 Meter hohe, je 600 Kilogramm wichtige fallende Metalle aus feuerosstem Material werden zu zweit in einem LKW vereinigt, durch ein in Motorengenerator erzeugtes Generatorgas ständig auf etwa 1200 bis 1300 Grad Celsius erhitzt. Zwei Männer oben auf dem LKW besorgen durch einfaches Leisen der Feder und ziehen von Schiebern das Rullen der Metalle aus den darüberliegenden Mehlbehältern. Soeben großflächiger Entladung öffnet ein Mann unten an den Leuten die unteren Verschlüsse des Metalle und die ingewundenen durch die Entzündung der Stille entzündende Säts fällt entweder in eine Körnerei, die in ständiger Bewegung den Säts mitnimmt, abschlägt und der Motorenförderung anhängt, oder soweit der Säts zum Heizen der Leuten notwendig ist, in glühender Hitze unmittelbar in die unter den Metallen liegenden Generatoren; letzteres ein dem Pintisch-Polytechnikum eigentümlicher Vorzug. Die Eisenlage nach diesem System liefert vertragsgemäß mit jedem Leute und jedes Mann Bedienung in 24 Stunden 35.000 Kubikmeter Gas. Auf den beiden alten Werken gefahrene liefern 17 Leute mit etwa 70 Mann Bedienung in 24 Stunden nur 21.000 Kubikmeter Gas. Den Einsparungen an Bedienungsmiträumen stehen allerdings erhöhte Kosten für die Transportanlagen gegenüber, die höhere Auswendung für Vergasung und Abschaltung erfordern. Ze mehr sind über der Gasverbrauchs-Anzahlsteigerung und je mehr die Errichtungen des Gaswerks in ihrer Bedeutung ausgeweitet werden, desto mehr werden sich auch die Herstellungskosten des Gases erhöhen, so dass auch der Weise der Mechanisierung der Gasproduktion nacheinander treten werden kann.“ Wie kann es nicht alles werden in Erinnerung. Die Rennidenkranne, die Leute nämlich von 10 bis 12 Mann befehlt werden, vollauf sich in einem Werk in zwei bis drei Stunden taufen und noch dazu mit über bis drei Mann. Zwei Männer reichen in 24 Stunden mit jedem Leute mehr Gas, als vorher 70 Mann mit 17 Leuten erzeugen konnten. Die Erwartung ist, dass die neuere Konstruktion dieses Pintisch-Polytechnikums die menschliche Arbeitskraft durch die mechanische Arbeitskraft ganz großen Prozentsatz ersetzt. Daagen Vorste nichts einzurichten, wenn an dieser weiteren technischen Entwicklung interessiert die noch in diesem Werk tätigen Arbeiter einen Anteil hätten informieren, als ihnen befehlt Zoll- und Arbeitsbeschaffung zuhanden würden. Man bestt zwar bewor, mit wie wenig Arbeitskraften es und in viel Gas produziert werden kann, kommt aber dabei ganz, wie sie die wenigen Arbeiter abrufen müssen. Die Zufriedenheit der Arbeiter an den Leuten im neuen Werk ist zwar nicht mehr so lang andauernd anstrengend wie in den

alten Werken, vorausgegangen aber bei Ein- und Entladung der lebigen Leute ungeheuerlich. Und dennoch hat man bei der Aufbetriebsnahme des neuen Werkes gegenüber den Arbeitern die Versprechungen nicht eingeholt. Seit langen Jahren tröstet nun die Gasarbeiter bei ihren Forderungen auf das neue Werk. Am alten Werk werde auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet nichts mehr geregelt, so hieß es damals; jetzt beim neuen Werk steht kein Mensch von den verantwortlichen Personen mehr an die Arbeiter. Bei Übergabe hat man die Rüstungen in den Vordergrund gestellt, während die Schattenjäger im Verbergen blieben. Es wäre höchste Zeit, wenn die längst überlebte Neuerbausazlage verschwinden und an deren Stelle ein jeder Tagelohn gesetzt würde. Nicht zuletzt sind diejenigen Gasarbeiter selbst mit schuld, die sich für die Zukunft angelebt sein lassen möchten, zuerst ihre Organisation zu stärken, das mit die noch anhaltenden Mängel durch Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiter beseitigt werden können.

◆ Salinenarbeiter ◆

**Rosenheim.** Man schreibt uns: „Ein neuer Besen fehlt gut“, sagt ein altes Sprichwort. Der Rendant Röder in zwar schon mehrere Jahre in der königlichen Saline in Rosenheim als Rendant bestätigt, wäre also nicht mehr so neu, und hat denn auch vor kurzem er einen neuen Wirkungskreis übertragen erhalten, in dem er schon am ersten Tag seine Schneidigkeit zeigte. Herr Röder ist zum Aufseher befördert worden. Diese Tätigkeit ist noch nicht von langer Dauer, aber um so wirkungsvoller in der Ausübung. Die Aufseher erfreut sich nun auf die Montagvormittage. Sie fällt also in die Zeit der Montagsstimmung und muss der kurzen Zeit halozt reichlich ausgenutzt werden. Was an Schnelligkeit fehlt, ersetzt der Herr Rendant durch raschelndes Eingreifen. Als Beweis möge nachfolgender Vorfall dienen: Am 10. April hatte der Herr Rendant vormittags die Aufsicht über die Pfannsteinleerung. Dabei riss ihm die Arbeit zu langsam. Er sprang daher in die Zubrühne, riss einem 55jährigen Arbeiter mit voller Wucht die Schaufel aus der Hand und rief ihm so gegen die Hände, dass dieselbe zehn Minuten lang vor Schmerz die Arbeit einstellen musste und am folgenden Tage die Pfannsteinleerung überhaupt nicht mehr haben konnte. Der Herr Rendant stand nach diesem Vorfall die verlorene Hoffnung noch nicht, er sprang auf einen anderen in dieser Pfanne tätigen Arbeiter zu und machte mit Ausnahme des Stoßes das gleiche, wobei er noch lädt: „Wenn es Euch nicht paßt, können Sie gehen!“ Schließlich geht es alle Montag vormittags zu, wenn Herr Röder die Aufsicht führt. Die Arbeiter können Zeugnis über solche Schimpfereien ablegen; sie geben an den Montagen nur ungern und mit ganz bestimmtem Widerwillen an ihre Arbeit, weil sie von dem Auszuge genötigt Liebenswürdigkeiten des Herrn Rendanten vollaus genötigt haben. Der meiste Arbeiter des Rendanten erwacht sieht, weil der Pfannstein halt nicht im Trapp, Trapp entfernt wird. Ob die Arbeiter in der gleichen Eile arbeiten können, wie der Herr Rendant schimpft, oder ob die Arbeiter können oder nicht, ob die Arbeiter einen Unfall erleiden oder nicht, ob sie sich dabei sonstwie gesundheitlich schädigen, ist ja gleich. Der geistige Herr weiß durch seine Minutenarbeit allerdings kaum, wie schwer diese Pfannsteinarbeit ist und dass sie gerade zu den idiosyncratischen der Salinenarbeiten zählen. Er summert sich in seinem Herzen auch nicht darum, ob die Arbeiter hinreichend Platz und sonnige Ruhestellungsmittel zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft haben oder nicht. Er vertriebende Fall wurde zwar dem jahrelangenden Arbeit als Unfall gemeldet; ob richtig oder ob er weiter gemeldet wurde, wissen die Arbeiter nicht. Sie wissen nur zu gut, wie es ihnen in der Behandlung ihrer Verdauweide ergang. Als der Herr Bergmeister nach dem Vorfall bestreitend vorgerichtet wurde, meinte er: „Ich weiß die Sache bereits. Der Rendant bekam die Aufsicht an den Montagen des Falles, weil die beiden Männer für nichts sind, weil keiner zu den Arbeiten was sagt und daher die Arbeit nicht gelebt. Wo liegen diesen Werten die Beweise gegenüber? Die Beweise hat der Herr Bergmeister bis heute noch zu erbringen.“ Der fragliche Arbeiter, so meinte der Herr Bergmeister weiter, „hat seine Arbeit nicht getan, er wird ihn noch brauen.“ Als der Herr Bergmeister des weiteren erfuhr wurde, die Ressource aufzunehmen und sie an die Königliche Generaldirektion weiterzuleiten, meinte er, das könnte er nicht, er könnte die Autorität des Herrn Röder nicht untergraben. Damit wurden die Arbeiter abgeschnitten. Unter diesen Rendanten ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter das Vertrauen zu dieser Bergmeisterschaft verlieren und sich zur Redefreiheit an eine andere Zielle wenden. Wir wollen nur feststellen, dass dieser Fall circa in der königl. Saline in Rosenheim dasteh und in keinen Dienst Deutschlands kann seine gleichen finden dürfte. Ballzicht findet sich neben der Leistungsfähigkeit, die sich ein Herz bildet wird, eine weitere Behörde, die diese Hölle untersucht und einmal recht genau prüft.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

**Gm.** Am Sonntag tagte im Volksbau eine unsere Vierjahrsversammlung. Der Vorsitzende gedachte der gefallenen und verstorbenen Kollegen. 29 Mitglieder müssen bisher auf den verdienten Schlaf die Tore des Lebens lassen. Nach dem Haushalt bericht betrugen die Einnahmen 255.33 M., die Ausgaben 195.70 M. Unter den Ausgaben befinden sich 780.25 M. für Krankenunterstützung und Unterstützung der hinterbliebenen Geschäftener. An den Hauptverband wurden gezahlt 719.25 M. Die Beitragsleistung hat sich erhöht. Es wurden pro Kopf 11.50 Mark verbraucht. Besonders erfreulich ist, daß wieder eine Anzahl Mitglieder in die 60 Pf. Klasse übergetreten. Zurzeit gehören nur noch 40 Mitglieder dem niedrigeren Maßstab an. Auch diese müssen veranlaßt werden, den erhöhten Beitrag zu zahlen, damit der Einheitsbeitrag ohne besondere Befreiung durchgeführt wird. Den Geschäftsvorstand gab Kollege H. Das wichtigste Ereignis im letzten Quartal war die Einführung der sozialen und inneren Arbeitszeit an den Vereinigten Stadttheatern am 1. April. Damit ist endlich das vereinigte Arbeitsverhältnis an den Theatern gesetzlich festgelegt. Trotz des Einverständnisses der Direktion, den sie auch diesmal in der zuständigen Kommissionssitzung machte, die Theaterarbeiter müssen aus „betriebsbedürftigen Gründen“ 10½ Stunden arbeiten. Lediglich es nicht den verlangten drei freien Tagen im Monat verzögern. Weil angeblich ein halbes Jahr benötigte Arbeiter nicht erzielt werden können, müssen sich die inneren Bevollmächtigten mit zwei freien Tagen im Monat begnügen. Überhaupt ist nicht ausgedacht, ihre der Stadtverwaltung vorliegenden Anträge durchzuführen. Ein weiterer Erfolg ist die Wiedereinführung des Fahrtensurraums nach den alten Normen, mit einer geringeren Ausnahme. Bereits im vorigen Jahre wurde auf unsern Antrag hin der Urlaub wie folgt bemessen: Nach einjähriger Dienstzeit noch fünfjähriger Dienst und nach zweijähriger Dienstzeit vier Tage. Unter diesmaligen Umständen ist der Erfolg, daß die alten Normen wieder in Kraft treten, und zwar nach einjähriger Dienstzeit drei, nach fünfjähriger fünf und nach sechsjähriger zehn Tage. Bei letzteren dauert die Stadt einen Tag fortan zu weilen. Einem planmäßigen Stand wird die Verantwortung für diese Normnahme nicht anzuvertrauen sein. Jetzt mussen die Summen, die ursprünglich für den Jahresverlauf aufgewandt werden — im Jahre 1913 sollen es 126.821 M. gewesen sein —, lediglich auf dem Papier. Für die Zeit der Beurlaubung des Arbeiters erfolgt keine Neuregelung und eine bedeutende Belastung des Arbeiters, der die Arbeit des Beurlaubten aufnimmt, erfolgt gleichfalls nicht. Am Schluss auf die niedriggestellten Urlaubstage im Jahre 1914/15, für die auch eine besondere Entlastung nicht erfolgt, fügt dieuelle Ermittlung des Urlaubs wohl erwartet werden kommt. Die Ansprüche für die freies Sozialabkommen müssen den Arbeitern und der hinterbliebenen Geschäftener veranlaßt die Erwerbsförderung, dem Oberbürgermeister entsprechende Vorstellungen zu unterbreiten. Gefordert wird in der Hauptstadt die unverkürzte Zahlung des Lohnes, sofern der Betrieb seine frühere oder eine seiner bisherigen Lebhaftäße entsprechende Variante aufstellen kann. Der bisherige niedrige Lohn der Kleine läßt sich nicht in Entlohnung bringen mit den Grundlagen in der Kriegssozialabkommen für die Kleinen. Eine Aufzierung des Lohnes auf den Wert darf nicht erfolgen. Es sind uns fölle bekannt, wo den höchsten Arbeitern, ehe sie trog ihrer Kriegsbedeutung ihre früheren Löhne voll und ganz auszahlen, einen um die Wiederentente an ringigeren Lohn bezahlen. Hoffen wir, daß die entsprechenden Personen zu den kommenden Verhandlungen das nach sozialpolitische und patriotische Verhältnisse mitbringen. — Die Arbeiterarbeit in den städtischen Betrieben erfordert nach wie vor unsere volle Unterstützung. Der Zusammenhalt der bei den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter zeigt auch über eine klasse Erfolge. Besonders bestigt selbst die Großindustrie hier. Die Großindustrie setzt gegen die Einführung der sozialen Arbeitszeit für die Kaufmänner. Die Großindustrie verhindert den Arbeiterschluß, entsprechend Kriegssozialabkommen, die mit recht endlicher Voraussetzung verhindert werden, darum sind es wieder mal „betriebsbedürftige Gründe“, die die einzige Arbeitserleichterung für die Arbeiter nicht aufzuhalten. Dann aber auch glaubt die Stadtverwaltung bestehen zu wollen, daß die Belegschaften der Städteindustrie eine gewisse sozialpolitische Tätigkeit leisten und Kaufmänner über und darüber hinaus erlaubt machen wie die höchsten Kaufmänner. Weil alle für die Arbeiter bei der Einführung für ein möglichst einfache Voraussetzung, darf für die jüngsten Arbeitserleichterungen nichts weiteres gefordert werden. Die Ausgleichsarbeit ist jetzt wieder die Mindestausprägung. Mit besonderer Lust, das die menschliche Fassaden-Moral über das Kriegssozialabkommen der betriebsbedürftigen Gründe“ tragen. Gegenüber der sozialen Arbeit kann nur eine hohe Empfehlung vergeben, sie kann hoffen, daß die Werktagsausgabe der Werktagszeitung in einem mit einer halben Stunde gefüllten, der Zeitraum darauf eine Stunde später gelegt wurde. Die Entscheidung

bleibt noch aus. Zum Schlus führt Kollege H. aus, daß in allen Betriebsvereinbarungen standen die Arbeiter, besonders der in den niedrigsten Lohnstufen stehenden Arbeiter, laut werden über die unmöglichkeit, mit den geringen Löhnen auszukommen. Auch die derzeitige Form der Tarifvertragslage schafft für diese Arbeiter keinen Ausgleich. In der Ausprägung unterscheiden die Städte die leichten Ausführungen und wünschten, daß die Erwerbsförderung entsprechende Schritte unternehmen. Nachdem noch Erwähnungswahlen vorgenommen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Darmstadt. Neuregelung der Tarifvertragslagen.** Mit Wirkung vom 1. Januar 1916 sind hier die Tarifvertragslagen für die städtischen Arbeiter neu geregelt worden. Es erhalten ledige Arbeiter monatlich 9 M., bisher 8.50 M.; Verheiratete ohne Kinder 12 M., bisher 10 M.; Verheiratete mit 1 Kind 15 M., bisher 15 M.; mit 2 Kindern 18 M., bisher 15 M.; mit 3 Kindern 21 M., bisher 15 M.; 4 Kinder 24 M., bisher 22.50 M.; 5 Kinder 27 M., bisher 24.50 M.; 6 Kinder 30 M., und 7 Kinder 33 M., bisher 24.50 M. Die während des Krieges eingezogene und umständigen Arbeitserleichterung der Hälfte dieser Fälle; ebenso erhalten die Familien der eingeräumten Arbeiter die halbe Zulage. Diese Regelung ist ein Erfolg, dafür, wie man Tarifvertragslagen — nicht regeln soll! Zumindest in Friedenszeiten ist nun eine Familienzulage von 4 M. für ledige und Verheiratete ohne Kinder, 6 M. für Verheiratete mit 1-3 Kindern und 10 M. pro Monat für Verheiratete mit mehr als 3 Kindern vorhanden. Daß diese Familienzulagen wieder im Juli bzw. August v. J. die reelle Tarifvertragslage aufgehoben, und die Arbeiter das unter den Städten roh, daß die Stadtverwaltung nicht so engagiert ist in früheren Jahren, sondern die Politik von 1912 fortzuführen waren und die Zulagen auf 8.50 M. für ledige, 10 M. für Verheiratete ohne Kinder, 15 M. mit 1-3 Kindern und 24.50 M. mit mehr als 3 Kindern festgesetzt. Allerdings waren auch die Hälfte der Familien in der Einstellung verblieben, für andere Familien auch die Zulage zu niedrig, weshalb Bedenken die Sozialdemokratie auch bei verhandelnden Obergremien eingebracht. Die Preise sind jetzt wieder gestiegen, wodurch die unterschiedlich besteuerte Bevölkerung ungerecht behandelt. Hat die Stadtverwaltung schließlich unter Mindestung aller Parteien die vorgenannte Neuordnung durchgeführt, steht man in Friedenszeiten gewohnte Familienzulagen ab, ja leidet man die neuen Tarifvertragslagen 5 M. monatlich für ledige, 8 M. für Verheiratete ohne Kinder, 9 M. mit 1 Kind, 12 M. mit 2 Kindern, 15 M. mit 3 Kindern, 11 M. bei 4 Kindern, 17 M. bei 5, 20 M. bei 6, 23 M. bei 7 und mehr Kindern. Besteht man über die zweck gemahnte Zulage ab, so kommt die heutige Erhöhung 50 Pf. pro Monat für ledige, 2 M. pro Monat für Verheiratete ohne Kinder, ggf. mit 1 Kind, 3 M. mit 2 Kindern, 6 M. mit 3 Kindern, 10 M. pro Monat mit 4 Kindern, 25 M. mit 5 Kindern, 35 M. mit 6 und 35 M. mit 7 und mehr Kindern. Daß in dem doch ganz erheblich weniger, als man bei den derzeitigen Preisverhältnissen erhofft und erwarten durfte. Diese Regelung entspricht natürlich auch die Arbeiter. Die Werktagsabgaben der Verwaltung bestimmen sich für 507 Arbeiter und Arbeitnehmer und 70 Schuhmacher und Weintreiber, zusammen 607 Personen, auf rund 10.100 M. also pro Jahr und Jahrhundert im Durchschnitt 11.14 M. oder pro Woche 29.11 M. Wie wird sich z. B. der ledige freuen, wenn er seine 2 Wochentags-Zulage erhalten kann; innerhalb ist er aber nach besser dar in wie der Verheiratete mit einem Kind, der gar nichts, oder wie der mit 4 Kindern, der auch nur 2 Wochentags pro Arbeitstag bekommt. Daß diese Regelung nicht lange genügen kann, dürfen wohl alle Parteien einräumen, der Bevölkerung sollte einfachen. Aber der Bergbau zeigt, welin es führt, wenn derartige Maßnahmen sei es mit oder ohne Abblatt, ohne Wettbewerb der Organisation durchgeführt werden. Die Arbeiter haben den Boden davon. Wenn ich dazu und unsere Kollegen hier am Tisch sitzen und da steht wie bisher an ihrer Seite und halten.

**Kreisburg i. Br. Erhöhung der Tarifvertragslagen.** Eine Erhöhung der Tarifvertragslagen für die städtischen Arbeiter wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 29. März beschlossen. Weicht bringt die Zulage nur eingeräumte Arbeitnehmer Kinder mit bis 5 M. Lohn ganze 3 M. pro Monat. Ledige Arbeiter sowie Verheiratete mit über 5 M. Lohn erhalten eine mind. Verheiratete mit 1 Kind und unter 5 M. Lohn ebenso 5 M. mit 2 und 3 Kindern 8 M., mit 4 und mehr Kindern 10 M. Bei über 5 M. Lohn wurde gewahrt mit 1 Kind 3 M., 2 und 3 Kindern 5 M., 4 und mehr Kindern 8 M. pro Monat. Als geldlosen waren Letzte, auswarts Wohnende keine Dienstpost zu leisten, deren Kosten auch im nächsten Monat statt weiter auszuholzen waren die umständigen, die verabrechnet beginnen, während des Krieges eingezogenen und die eingeräumten Arbeiter. Die Zulage war also sehr fairisch und die Ausführungsbestimmungen in "wie erheblich geistig, wie man's den in Kreisburg für den Abzug des verbliebenen Oberbürgermeisters Dr. Winter gesehen ist, und Träger des Arbeiterschutzes und der Sozialdemokratie die Zeit in nun folgende Förderung handhaben müssen: Von diesen erhalten monatlich 1 M. Verheiratete ohne Kinder 6 M., mit 1 Kind 10 M.

Wer mehr, für das zweite und jedes weitere Kind 2,50 Ml. monatlich inbr. lebensfähige Arbeiter sind ausreichend, sollen aber eine Lohnzulage erhalten; ob und wann sie aber eine solche erhalten, ist abzusehen, denn die Freiburger Stadtverwaltung kann in den letzten Jahren das Elend bei ihren Arbeitern begegnet haben, die abholt geblieben sind. Auch mit der neuen Zulage leidet Kreisburg, die reiche Fremdenstadt, die Preisgaupelte, noch weit hinter anderen „armen“ Städten dran. Besser wird's hier sein, wenn nach dem Krieg unsere Kollegen eine energische Lohnpolitik verfolgen, umfassmässig um die sozialen Einrichtungen der Arbeitsförderung, deren Mithilfe die Stadtverwaltung durch die Begebung außerordentlich niedriger Löhne den Arbeitern um das Dreieck und Dreiländer abspart. Vemerkenswert ist, daß gerade in den Städten des badischen Württembergs, in welchen am meisten Sozialpolitik sind und die Arbeiter- und Sozialpolitik am meisten im Kampf gehabt wird, nämlich in Kreisburg und Heidelberg, verhältnismässig die schlechtesten Löhne an die jüdischen Arbeiter bezahlt werden.

**Wiesloch.** Am unserer am besuchten öffentlichen Versammlung am 16. April im Oberrechtsausschuss referierte Gauleiter Hudek und fragte u. a. über: „Sind eine Teuerungs-Zulage für die Gemeindeangehörigen notwendig?“ Medner wies ausführlich nach, daß in vielen Ortschaften ja in solchen, wie Wiesloch, die Teuerungszulage doch eine höhere ist als hier. Die Stadtverwaltung zieht ein idyllisch soziales Empfehlungsmuster. Sie habe es noch nicht für ratsam gehalten, auf unsere Eingabe vom Dezember 1915 eine Antwort zu geben, viel weniger die Teuerungszulage zu erhöhen. — Eine lebhaft Diskussion fand ein, in welcher die Kollegen das Verboten der Erwerbsarbeit schärfstiffterten. Zur Spende kam auch, daß ein Herr von Bargteile hält über den Geburtenausgang. Man leute aber in einer kleinen Zuhörergruppe, daß die Kinder, welche am Leben sind, richtig ernährt werden können und nicht an Unterernährung leiden. Hier kann die Meinung beständig eingespielt. Der Rat der nachrichten Arbeiter kommt über jeder Besprechung der in den Tagen vor gestern z. zum Schlüsse eine Resolution annehmen, in der die Stadtverwaltung ermahnt wird, die Eingabe vom Dezember 1915 doch so bald wie möglich zur Erledigung zu bringen.

**Halle a. S.** In der in der „Goldenen Kette“ stattfindenden Versammlung vom 15. April referierte Genossin Stadt. C. Ulrichburg über „Pflichten und Rechte der Arbeiter“. In seinem Vortrage fasste er u. a. aus, daß die Arbeiter wohl zahlreiche Pflichten haben, darunter meint Medner. So ist auch die Frau jetzt viel häufiger erwerbstreibend; darum hat sie doppelter Pflichten, denn sie muß nicht nur gesundheitlich und familiär sorgen, ihre Kinder erziehen und Erwerb erzielen. Doch kann sie Wahlrecht, Erziehungsrecht usw. ebenso die Frauen nicht. Durch das Endeinhalten der Frau in sozialer Beiräte in den Kapitaliststaaten ein billiges Arbeitsfeld geschaffen. Hierzu sind es Pflichten, welche vom Arbeiter verlangt werden, z. B. die Mutter mußt man ihnen womöglich schmalen. Der Arbeiter freut dann das Kindererziehungsrecht und erfordert, daß das Kind von Beginn der Schulzeit bis zum Eintritt zum Militärs mit ihm der Arbeit und Not kämpfen möge. Der Lebensprozeß des Arbeitnehmers leben viele Pflichten und wenig Rechte. Dagegen hat das Kind der Wohlhabenden es von früher Jugend an zu erwerben. Der Medner kommt daran zu sprechen, daß den höheren Beamten die Gehälter leichter verhöhnen werden. Die Arbeitnehmer aber mangeln es förmlich. Darum ist es Pflicht eines jeden Arbeitnehmers, sich mehr Pflichten zu verschaffen, um deutscher im Lebenskampf teilhaben zu können. Mit dem Todeswert: „Alsse sebet ihr nicht das Leben ein, wie wird das Leben gewinnen sein“, schloß der Meister in seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf gab es sofort die nachhaltige Pflicht über die Eingabe und erfordert, daß es wieder 14 Tage zurückgestellt ist. Genossin C. Ulrichburg will sich gern nächsten Stadtverordnungsausschuß rufen, daß er bald beraten wird. Unter „Beschiedenes“ steht ein Kollege zum Besuch des Krematoriums an. Es wird hierzu der Sonntag nach dem 1. Mai bestimmt. Das Fehlen des Sonntagsabends ergibt einen Brutto von 5,11 Ml. Mit der Aufzehrung zu jedem Brutto von 8 Kronenlängen und zur Beweisnahme neuer Mitglieder ist leicht der Besuchende die Versammlung.

**Hannover.** Am 19. April fand im Gewerkschaftshaus unsere 21. Versammlung statt. Der Rauhierer gab den Rauhierer, welcher folgendes Bild zeigte: Für ohne inst. Period. 430.11 Ml., die gegen 501.63 Ml. an den Betriebsverein geändert. Sodann 200 Ml. Kosten in der Rauhier 202.13 Ml. Mindestbetrag 178. Sodann 1.400 neue Stellplätze Rauhier über: „Arbeitslosen und Arme ergründen.“ Medner mahnte die weiteren Voten und Gesinnung des Rauhiers die politisch durch die Kindererziehung der Stadt zu zeigen, auch einigen der von den 2. November und Februarwahl. In mehreren der unbedeutendsten Begegnungen standen u. d. Todtlich keinen der unbedeutendsten Begegnungen die großen Parteien auf paralell. Rauhier „Beschiedenes“ wurde angetreten, daß einem die Ergebnisse der in die Woche fallenden Abstimmung bei der Stadtverwaltung gefordert werden soll.

**Magdeburg.** Zum drittenmal während der Kriegszeit sind die beiden jüdischen Arbeiter an den Magistrat und die Stadt

verordnetenversammlung herangestritten und haben Teuerungs-Zulagen verlangt. Ihr Vorgehen ist auch jedesmal erfolgreich gewesen, wenn auch ihre Wünsche nicht voll erfüllt worden sind. Beim ersten Vorgehen erhielten sie pro Tag 20 Pf. und beim zweiten 30 Pf. Zulage. Jetzt haben sie gebeten, eine weitere Zulage von 50 Pf. pro Tag an als Arbeiter zu bewilligen. Hiermit hatten sich die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 27. April zu bekräftigen. Der Magistrat hat den Stadtvätern eine Vorlage unterbreitet, wonach für jedes Kind unter 15 Jahren pro Tag 10 Pf. gewährt werden soll, und zwar vom 1. Mai ab. Die Stadtverordneten stimmten dieser Vorlage insoweit zu, als allen Arbeitern 20 Pf. pro Tag bewilligt wurden. Der Oberbürgermeister erklärte jedoch, er wisse nicht, ob der Magistrat dem Beschuß der Stadtverordneten beitreten würde.erner hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, neben der Kinderzulage allen Arbeitern eine Teuerungszulage von 30 Pf. pro Tag zu bewilligen, dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. — jedenfalls wird der Arbeiterauschluß zu der Frage wieder Stellung nehmen. — Der Arbeiterauschluß hat übrigens dem Magistrat bereits den Antrag unterbreitet, in diesem Jahre die Bestimmungen betr. Bewährung von Sommerurlaub an die städtischen Arbeiter in vollem Umfang in Geltung zu bringen.

**Stuttgart.** Die Mitgliederversammlung vom 19. März eröffnete die Organisationsleitung den Auftrag, neben einer Eingabe um Erhöhung der Teuerungszulage um 30 Pf. pro Tag auch eine solche um Gewährung des ganzen Urlaubs einzureichen. Dieser Auftrag wurde sofort ausgeführt und bat nunmehr die Stadtverwaltung beizuschließen, zunächst den für Julians bestimmten Dispositionsdienst im Etat von 40.000 Ml. auf 100.000 Ml. zu erhöhen und die Bereitstellungsabteilung des Gemeinderats zu beauftragen, umgehend eine entsprechende Vorlage zur Erhöhung der Teuerungszulagen auszuarbeiten und zur Beschlußfassung vorzulegen. Beschlusse des Rats wurde beschlossen, für das laufende Jahr allgemein für Beamte, Unterausbiente und Arbeiter zwei Drittel des sonstigen Urlaubs zu gewähren, jedoch zu bestimmen, daß Urlaub unter sechs Tagen ganz erlaubt wird, während bei dem gegenwärtigen Hochdurchschnitt für Arbeiter von acht Arbeitstagen eine Ausprägung auf jede Tage erfordert. Die diesbezüglichen Eingaben wurden diesmal direkt von der Organisation (ohne den Arbeiterauschluß) eingereicht.

## Rundschau

**Leben und Tod.** Kriegszeit ist Todeszeit. Zu Tausenden, zu Hundertausenden sterben die Menschen dahin; Hunderte und Tausende an einem Tage, nicht durch Krankheit oder Schwäche des Alters, sondern in blühender Gesundheit. Der Tod befreit die Welt; wohin nimmt er alle dann, auch die Gesundheit und Lebensfähigkeit. Eine Zeit der Unrat ist unsere Zeit. Nur unsere Friedenszeit! Nein, leider auch unsere Friedenszeit. Werde uns doch ein Jesu mitgeteilt, wieviel blühende Menschenleben auch in der Welt der Arbeit alljährlich sterben müssen. Die Statistik des Friedenswehrungskomites hat uns namentlich bestätigt, daß unter 121.086 als entzündungsfestigend anerkannten Unfällen in 910 Tagen der Tod des Verletzten herbeigeführt worden ist. Auch die Arbeit ist also ein Schlachtfeld, auch die Friedenszeit Todeszeit. Hat man doch berechnet, daß die Zahl der alljährlich tödlich Verunglückten der Zahl der in den letzten Kriegen Gefallenen entspricht. Eine Todeswelt ist unsere heutige Welt. Der Mensch hat nicht die Vorlehrungen getroffen, die es erfordern, die Menschen vor einem plötzlichen Aus der Welt Gerissen werden zu bewahren. Gleichzeitig läuft er den Tod Ernte machen unter den Geschunden, den Lebensstartern und Lebensfrüchten, alle Jahre, im Kriege und im Frieden, wenn auch ganz besonders seit im beginnenden Frieden. — Wieviel Schamknoten sind man veranlagt, bis der Mensch wird, bis es ein Menschenkind ist und ein Menschenkinder. Wieviel Kraft hat die Natur nicht gebraucht, um ein Entwickelungsdrang und Energie, wieviel Werte, um im Jahrtausendenlangen auf und ab endlich das zu finden, was man heute Mensch nennt. Welch eine Zelle von Welt lebt darum nicht im Menschen, Welch ein Menschen an Kraft. Darum gilt es für uns, die wir von der natürlichen Aufzuchtentwicklung der Welt wissen, dieser Zeit des Lebens entspannen zu lassen. Und wenn der Tod jetzt auch noch so große Erente hält. Die Lebenswelt entspricht dem natürlichen Prinzip der Entwicklung und Natur ist, sie einmal kommen. Und das ist unser Tod in aller Freiheit von heute, das wir, wenn diese Zeit der Toten wieder kommt, weiter kämpfen sollten für jene neue Zeit, für jene Zeit des wiederauflebenden Lebens, der Lebensstreben, des Lebenswerts.

**Von der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege** führt man unter „Länder“ als im Kreisverband hat diesmal die Kreise des orientierenden Balles die Vollständigkeit um in die Erwerbsarbeit einzutreten. Mehr als j. und auch die älteste

Kraft der jungen Leute in Anspruch genommen, aber weniger denn je ist für sie der Tisch gedeckt. Es mag zwar für manchen fruchtlich sein, ob es jetzt angebracht sei, die jungen Leute zum Aufstehen an die Arbeitnehmer- und Arbeitervereine aufzufordern. Aber die Frage ist dennoch zu stellen. Die Jugend muss sich im neuen Arbeitsverhältnis an einsetzen, sie muss stets wiederholende Vergangenheitsformen gewöhnen, das ist in der ersten Zeit nicht nur äußerlich, sondern gewöhnt auch das zu leicht haltungsreiche jugt an die, wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden, später nur schwer zu beseitigen sind und nicht leichten schwere geistige Radikale im Geiste bilden. Turnen und Sport bewegen den Körper vor solchen Gefahren, denn sie gewähren dem Körper durch ihre vielseitigen Bewegungen die Möglichkeit eines Ausgleichs. An sich bedeuten die Leistungsfähigkeiten eine gewisse Arbeit und damit auch eine vermehrte Arbeitszeit, aber durch die allseitige Muskelanwendung in spielerischer freiem Raum werden sie einfacher Ermüdung gerade entgegen. Sie unterrichten die Muskelaktion und den Gelenkmechanismus in bewegender Weise und wirken damit auf das geistige Wesen ein. Ihre Erfolge sind stark und Gewandtheit und ein frisches Gesicht, zählt, mit beginnender Sommerzeit ist es möglich, den Herbst in Freie zu verlegen und damit den Körper den Weltläden der Bewegung in freier, fröhlicher Luft ganzlich zu machen. Da kommt dem Sport die Erfüllung der Sommerzeit sehr zugute. Da kommt dann die Sportart eine Erleichterung des Abends mehr zur Verfügung, das bedeutet für die Arbeiterschaft einen großen Vorteil, der aber nur dann voll ausgenutzt wird, wenn wir die gesammelten Erfahrungen im Kreise vertragen. Die Arbeiterschaft wird nicht versäumen, die Werte der Sommerzeit für sich auszunutzen, so dass damit ein so langer Zeit von ihnen gewünschter Wohlstand in Erfüllung gegangen. Es mag hier bemerkt werden, dass die bekannte Jugend erlaubt der Militärsoldaten die Jugend nicht hindern, an den Freizeitveranstaltungen teilzunehmen. Wieviel an die abendend, Jugend dringender denn je die Anforderungen, sich den Arbeitervereinen anzuschließen. Gerade in der heutigen schweren Zeit können wir alle einen Tugendreicher bekommen. Ein jeder in der Sport in allen seinen ehrlichen Formen, denn Freizeit und hoher Lebensblau gefüllten vergnügt besser als auf dem Turn- und Sportplatz im Kreise fröhlicher Freunde."

**Auf ernstlichen Beobachtung für Kriegsteilnehmer und ihre Familien!** Millionen deutscher Arbeiterfamilien leben im Elend, und das der eisernen Notwendigkeit, daraus immer neue militärische Einheiten gegen die Feinde zum Recken genötigt zu werden, sind diese Millionen keine Stunde davor gehobert, dass sie nicht an cruder Stelle eingesetzt werden müssen und die Leute einzusetzen haben. Die wenigen von ihnen werden das heranziehende Geschäft haben können, doch ihre Brüder und Söhne ehe den Schuh des Kriegswehrbergs und finanziell gefüllt den Kriegskampf weiterführen müssen. Die große Mehrzahl der Unteroffiziere und Familien wird jüngeren Jahren entsagen, weil sie ohne Vermögen und nur auf die turpe Hoffnung Hinterlebenemente anpacken, zur Errichtung einer selbständigen Erbsitz nicht mehr imstande sind. Dichten Räumlichkeiten zu lassen, wenn eine größere Summe in die Hand zu geben, das ist der Grund der Arbeiterschaftsangestalte der "Volkssolidarität". Und dieser Grund wird erreicht werden. Bis zum 19. April 1916 sind für 47 110 Arbeitersoldaten 6558 Anteilserlöse abgelöst und dafür 347 580 M. eingesetzt worden. Bis zu diesem Tage waren bei der Kriegsabteilung 726 Berichter mit 142 Anteilen einer als gefallen gemeldet worden. Wenn man nun auch annimmt, dass Soldatenmorden noch ausstehen, so ist doch bis jetzt noch auf die Aussetzung einer Liste von nicht weniger als 200 M. auf einen Anteilserlös zu rechnen. Eine so qualvolle Werkzeugmaschinerie kann sicher allen Arbeitern der Kriegsteilnehmer mit einem Gewissen empfohlen werden. Wenn nach dem Ende des furchtbaren Krieges die Auszahlungen der Arbeitern erfolgen, werden diejenigen sehr ungünstig sein, die verhandelt haben durch Erweiterung von Anteilsröhren sich den Wohlstand zu holen.

### Die Uhr in der Walpurgisnacht.

Auf Weischt der Ortsleitung  
Küpft zum ersten Mai die Zelt.  
Und der Zeiger jeder Uhr  
Tut es gegen die Natur.

Neder dreht an seinem Rad,  
Der sie in der Weise hat.  
Und der Mochter holt am Knauf  
Gibt um eis noch einen drauf.

Mairosch sieht ein Tag heraus,  
Und die Menschenheit sieht auf.  
Nur dreht sich nur um' Gott' Nacht,  
's ist erst sieben, scheint's auch acht.

Wer od' die Weltenuhr  
Weist von allem keine Spur,  
Machte sie doch einen Sprung  
Über Krieg und Teuerung!

Bitte doch ihr Zeiger mit,  
Wohlt sie mit einem Schritt!  
Doch was soll der Uhrenwert?  
Gern stampft dies Radenwert.

Nie einmal wohl offe Qua,  
Selber wohlt die Uhren ab.  
Scheit ins blaue Weizahn,  
Und auf Aenden wird es scheit!

Zeman (Mainz 314)

**Der Redakteur des Schuhmacher-Zeitungsbüros, Genosse Willi Böck, ist am 28. April 70 Jahre alt geworden. Böck gehört der Sozialdemokratischen Partei seit 1867 an und war schon in den früheren Jahren hervorragend gewerkschaftlich tätig, gründete 1873 das Sammelmachers Volksblatt "Weder", 1878 den "Schuhmacher" und 1883 den centralistischen Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher. Er war immer Zentralrat. Seit 1884 gehört er mit wenigen Unterbrechungen dem Reichstag, seit 1893 dem Reichstagsgremium an, denen Böck als Präsident er bald wurde. Bei der jüngsten Zentraleinführung bat ihn Böck der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angegeschlossen.**

### Totenliste des Verbandes.

<b>Daniel Gordon, Mannheim</b>	<b>Karl Reissner, Schöneberg</b>
Vorlonar	Glasarbeiter
† 13. 3. 1916, 74 Jahre alt.	† 24. 4. 1916, 50 Jahre alt.
<b>Peter Besser, München</b>	<b>Hugo Riep, Büdingen</b>
Arbeitslose	Arbeiter
† 21. 4. 1916, 68 Jahre alt.	† 19. 4. 1916, 29 Jahre alt.
<b>Andreas Biller, Plattling</b>	<b>Karl Safran, Hannover</b>
Wasserbauarbeiter	Arbeiter
† 18. 4. 1916, 56 Jahre alt.	† 18. 4. 1916, 57 Jahre alt.
<b>Heinz Deltmann, Hamburg</b>	<b>Friedr. Schwarze, Magdeburg</b>
Glasarbeiter	Arbeiter
† 19. 4. 1916, 55 Jahre alt.	† 20. 4. 1916, 56 Jahre alt.
<b>S. Hunstock, Mühlhausen, Th.</b>	<b>K. Seib, Frankfurt a. M.</b>
Arbeiterin	Wärterin
† 15. 4. 1916, 61 Jahre alt.	† 22. 4. 1916, 63 Jahre alt.
<b>Wilhelm Komm, Chemnitz</b>	<b>Conf. Tricciak, Breslau</b>
Arbeiter	Zärtler
im Alter von 1 Jahren gestorben	† 29. 4. 1916, 59 Jahre alt.
<b>Adolf Lütte, Magdeburg</b>	<b>August Wolf, Breslau</b>
Arbeiter	Arbeiter i. Marshall
† 15. 4. 1916, 63 Jahre alt.	† 29. 4. 1916, 53 Jahre alt.



### Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

<b>Willi Böck, Hamburg</b>	<b>Richard Otto, Chemnitz</b>
am 19. April 1916 im Alter von 26 Jahren im Lazarett gestorben.	im Alter von 26 Jahren in Frankreich gefallen.
<b>Carl Dietrich, Dresden</b>	<b>Georg Lüger, Nürnberg</b>
im April 1916 im Alter von 25 Jahren in Frankreich gefallen.	am 23. April 1916 im Alter von 28 Jahren i. Laz. Ingolstadt gest.
<b>Seb. Fehner, Nürnberg</b>	<b>Walter Höhsner, Chemnitz</b>
am 2. April 1916 im Alter von 41 Jahren im Lazarett gest.	im Alter von 31 Jahren in Frankreich gefallen.
<b>Hermann Hößel, Chemnitz</b>	<b>H. Schwendner, Frankf. a. M.</b>
im Lazarett gestorben.	am 7. April 1916 im Alter von 43 Jahren gestorben.
<b>Franz Grab, Mannheim</b>	<b>Franz Springer, Berlin</b>
am 13. März 1916 im Alter von 37 Jahren gestorben.	am 18. März 1916 im Alter von 43 Jahren gestorben.
<b>Carl Heinemann, München</b>	<b>S. Steigenberger, München</b>
am 12. April 1916 im Alter von 45 Jahren im Lazarett gest.	am 25. April 1916 im Alter von 35 Jahren bei Verdun gefallen.
<b>J. Imhoff, Gebweiler i. E.</b>	<b>Christ. Widmann, Hamburg</b>
am 12. März 1916 im Alter von 54 Jahren gestorben.	am 12. April 1916 im Alter von 41 Jahren im Lazarett gest.
<b>Heinz Müller, Köln</b>	<b>Gustav Unbehann, Dena</b>
am 13. April 1916 im Alter von 27 Jahren im Lazarett gestorben.	am 5. April 1916 im Alter von 34 Jahren in Frankreich gestorben.

Ehre ihrem Andenken!